



Liese Kurrier

Südwestfalen in Europa - Europa in Südwestfalen

Es war einmal: Hast Du einen Opa, schick ihn nach Europa

In früheren Jahren galten die EU-Institutionen als Versorgungsinstitutionen für verdiente nationale Politiker. Wer im Europäischen Parlament oder in der EU-Kommission angekommen war, hatte seine politische Karriere meistens hinter sich. Das hatte damit zu tun, dass das Parlament in den ersten Jahren nur wenige legislative Kompetenzen hatte.

Das Bild hat sich radikal geändert und die Zusammensetzung der neuen EU-Kommission sowie die aktuelle Zusammensetzung der Staats- und Regierungschefs in der EU sind ein eindeutiger Beleg dafür, dass die Bedeutung der europäischen Institutionen zugenommen hat.

Der neuen Kommission unter Jean-Claude Juncker gehören vier ehemalige und amtierende Regierungschefs an - neben Juncker selbst auch Valdis Dombrovskis (Lettland), Andrus Ansip (Estland) und Jyrki Katainen (Finnland).

Langjährige EU-Abgeordnete als Regierungschefs

Besonders interessant sind die Fälle von Valdis Dombrovskis, der lange EU-Abge-

ordneter war, anschließend Ministerpräsident in Lettland und nun Vizepräsident der EU-Kommission mit weitreichenden Befugnissen wird, und Jyrki Katainen, der sich als amtierender Regierungschef entschlossen hat, Mitglied der EU-Kommission zu werden. Sein Nachfolger ist Alexander Stubb, der ebenfalls lange Europaabgeordneter war. Das heißt, ein Regierungschef hält die EU-Kommission für eine attraktive Alternative zur nationalen Politik und ein Europaabgeordneter wird sein Nachfolger. Sowohl Dombrovskis als auch Stubb und Katainen sind deutlich unter 50 Jahre alt.

Bei den amtierenden Staats- und Regierungschefs gibt es mit Alexander Stubb (Finnland), Antonis Samaras (Griechenland), Helene Thorning-Schmidt (Dänemark), Toomas Hendrik Ilves (Estland), Robert Fico (Slowakei) und Janos Ader (Ungarn) sechs zum Teil langjährige Europaabgeordnete.

Prominente Beispiele aus Deutschland

In Deutschland sind prominente Beispiele für ehemalige Europaabgeordnete, die



Liebe Leserinnen und Leser,

das Europäische Parlament ist erwachsen geworden und übernimmt Verantwortung. So hat es während der Anhörungen der neuen EU-Kommission den Kandidaten eingehend auf den Zahn gefühlt und ungeeignete Anwärter abgelehnt – so etwas gibt es im Bundestag nicht. Es hat Verantwortung bewiesen, als rechte Abgeordnete ein Misstrauensvotum gegen die Juncker-Kommission angestrengt haben und dieses deutlich zurückgewiesen. Denn was wir brauchen, ist Stabilität. Dafür steht eine starke Juncker-Kommission. Geben wir ihr die nötige Zeit, die Dinge in der EU zum Guten zu verändern!

Um stets über die neuesten Entwicklungen in Europa und Südwestfalen auf dem Laufenden zu bleiben, besuchen Sie meine Homepage www.peter-liese.de oder meine Facebook-Seite www.facebook.com/peter.liese. Natürlich bieten ich Ihnen nach wie vor monatlich meinen Newsletter per E-Mail an (Kontaktdaten siehe Rückseite).

Selbstverständlich stehen meine Mitarbeiter und ich Ihnen für Fragen und Anregungen gerne zur Verfügung.

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen

Ihr

Peter Liese
Peter Liese



Die ehemaligen EU-Abgeordneten Friedrich Merz und Stanislaw Tillich sind prominente Rückkehrer in die nationale Politik



nun in der ersten Reihe der nationalen Politik stehen oder standen, Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich, der Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir, der ehemalige Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU im Bundestag Friedrich Merz, CDU-Vize Armin Laschet und Entwicklungshilfe-Minister Gerd Müller.

Fazit: Das alte Vorurteil, dass altgediente Herren im Europäischen Parlament nochmal eine Ehrenrunde drehen und dass die EU-Politik praktisch ohne Einfluss ist, wurde selten so klar entkräftet wie aktuell. Die Befugnisse von EU-Kommission und Parlament sind unzweifelhaft so wichtig, dass sich auch Personen aus der ersten Reihe

der nationalen Politik für diese Arbeit interessieren.



Die Juncker-Kommission startet kraftvoll

Seit dem 1. November ist die Juncker-Kommission im Amt / EP hatte mit 423 zu 209 Stimmen das OK gegeben

Jean-Claude Juncker:

„Die Herausforderungen Europas dulden keinen Aufschub. Mein Team und ich arbeiten hart daran, den von uns versprochenen Neubeginn für Europa zu schaffen. Gemeinsam mit einem starken und erfahrenen Team werde ich mich in den kommenden fünf Jahren energisch für Europa einsetzen.“

In der neuen Kommission, die 28 Mitglieder hat, kümmert sich der deutsche Kommissar Günther Oettinger um das Thema Internet und digitale Agenda. Wer im Netz unterwegs ist, weiß, wie wichtig das Thema ist. Auch industriepolitisch ist dies die größte Herausforderung. Alle großen Innovationen der letzten 15 - 20 Jahre gab es in diesem Bereich. Leider kommen sie aus Kalifornien oder aus Korea und nur selten aus Europa. Oettinger wird dies ändern.

Bei den Anhörungen der neuen Kommissare hat das Europäische Parlament seine Stärke bewiesen, geeignete Kandidaten bestätigt und ungeeignete Kandidaten wie die Slowenin Alenka Bratusek abgelehnt. Sie war vorgesehen für die Energieunion, konnte jedoch weder durch besondere Kenntnis noch durch Engagement überzeugen.

Der spanische Christdemokrat Arias

Cañete, ehemaliger Umweltminister seines Landes wurde zunächst abgelehnt von Grünen und Sozialisten. Er konnte während der Anhörung allerdings punkten mit Fachwissen und kennt sein Portfolio sehr gut. Er war in den Anhörungen einer der wenigen Kommissare mit klaren Aussagen hinsichtlich seiner künftigen Politik und ist nun zu Recht Kommissar für Klima- und Energie.



Die neue EU-Kommission von Jean-Claude Juncker ist seit dem 1. November im Amt.

Sieg für Europäisches Parlament - Arzneimittel bleiben beim Gesundheitskommissar



In seinem ursprünglichen Konzept hatte Kommissionspräsident Juncker vorgeschlagen, die polnische Industriekommissarin Elzbieta Bienkowska mit dem Dossier zu betrauen. Dies war auf heftigen Widerstand bei den Experten, zum Beispiel dem Präsidenten der Bundesärztekammer und bei den Fachleuten im Europäischen Parlament, gestoßen. Dreimal hatte sich der Ausschuss für Umwelt, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit dafür ausgesprochen, die Kompetenz für Arzneimittel beim Gesundheitskommissar zu belassen.

Peter Liese dazu: „Wir müssen schon den Anschein vermeiden, dass Industrieinteressen in diesem sensiblen Bereich über Gesundheitsinteressen stehen. In allen Mitgliedstaaten ist selbstverständlich der Gesundheitsminister für Arzneimittel zuständig. Auch im Europäischen Parlament gab es hierüber nie eine Diskussion. Natürlich ist der Gesundheitsausschuss zuständig. Deshalb freue ich mich, dass das auch die Kommission eingesehen hat.“



Mehr als 21 Millionen Euro Forschungsförderung für Südwestfalen

2014 - 2020 mehr Förderung für kleine und mittlere Unternehmen - Davon kann Südwestfalen besonders profitieren

In der vergangenen Förderperiode bis Ende 2013 haben die heimischen Forschungseinrichtungen, Unternehmen und öffentlichen Stellen mehr als 21 Millionen Euro an EU-Forschungsgeldern erhalten. Insgesamt flossen davon rund 14 Millionen an öffentliche Forschungseinrichtungen der Region und 7 Millionen an die heimischen Unternehmen. Das neue Programm Horizont 2020 bietet

für südwestfälische Forschungsakteure weit mehr Fördermöglichkeiten als das Vorgängerprogramm. Es wird mehr gezielte Förderung für innovative Unternehmen geben und mehr Mittel für regionale Schwerpunktthemen wie Energie- und Umwelttechnik - gut für unsere Region. Insgesamt werden mindestens 20% der Förderung in innovative KMU fließen, sodass Forschungsergebnisse direkt in

Wachstum und Arbeitsplätze umgewandelt werden.

Mit den sogenannten „Fast Track to Innovation“ haben kleine Konsortien nun die Möglichkeit, jederzeit und ohne spezifische vorherige Ausschreibung Projektvorschläge einzureichen, über die dann im Schnellverfahren entschieden wird. Ein dermaßen simples Förderinstrument hat es auf europäischer Ebene noch nie gegeben! Hinzu kommen eine wesentliche Vereinfachung der Beteiligungsregeln und eine Verkürzung der Antragsverfahren auf 8 Monate.

Die EU stellt von 2014 bis 2020 rund 70 Milliarden Euro für Forschungsförderung bereit, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMUs).

Südwestfalen kann weiterhin von EU-Fördermitteln profitieren

Touristische Projekte auch in der neuen Förderperiode 2014-2020 möglich / Regionale-Prozess weiterführen

Südwestfalen hat in der letzten Förderperiode von 2007 bis 2013 von EU-Fördermitteln profitiert und auch in 17 Projekte der Regionale 2013 flossen EU-Mittel. Wichtig für die Zukunft ist, dass die fünf Kreise Südwestfalens den bei der Regionale eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen.

Gute Ideen gibt es nicht nur im Ruhrgebiet, das haben die letzten Jahre gezeigt. Es ist gut, dass die Landesregierung hier nicht wieder künstliche Grenzen aufbaut und Landesteile benachteiligt. Der Zusammenschluss der fünf Kreise zu Südwestfalen und die EU-Fördermittel stärken die Region und machen sie fitter

für die zukünftigen Herausforderungen. Mit 2,4 Milliarden Euro für 7 Jahre ist das Programm EFRE.NRW „Wachstum und Beschäftigung“ ein wichtiger Förderbaustein in NRW und soll auch mit einem deutlich geringeren bürokratischen Aufwand als früher genutzt werden können.

Peter Liese:

„Durch die erfolgreiche Zusammenarbeit bei der Regionale 2013 haben die Kreise es geschafft, sich als Marke Südwestfalen zu etablieren. Die fünf Kreise Olpe, Siegen-Wittgenstein, Soest, Hochsauerland und der Märkische Kreis sind eine starke Wirtschaftsregion mit tollen touristischen Angeboten. Südwestfalen ist nun auch in Düsseldorf, Berlin und Brüssel ein gewichtiger Begriff geworden.“

So sah die Förderung bis 2006 aus!



Auch dass das Programm entgegen früherer Aussagen von Mitgliedern der Landesregierung für alle Regionen in NRW offen ist und nicht wie bis 2006 nur im Ruhrgebiet genutzt werden kann, ist gut für die Region.



Weiterhin Ausnahmen für innovative Industrie in Südwestfalen

Aufregung bei innovativen Unternehmen in der Region - Grüne und andere Abgeordnete im EP wollten die sogenannte Carbon Leakage-Liste der EU-Kommission zurückweisen. Peter Liese ist erfreut, dass er den Vorschlag stoppen konnte. Die Arbeitsgruppe der Christdemokraten im Umweltausschuss, der Liese vorsitzt, hat sich einstimmig gegen den Vorschlag der Grünen und für den Schutz innovativer Unternehmen ausgesprochen. Dieser Meinung ist die Mehrheit im Umweltausschuss gefolgt.

Industrieunternehmen, deren Sektor auf dieser Liste steht, werden von den Belastungen durch den EU-Emissionshandel

Peter Liese:

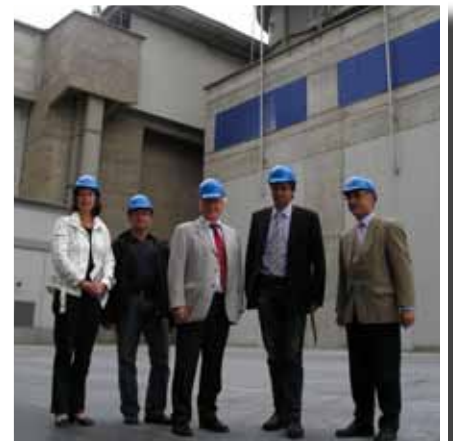
„Ich bin für ambitionierten Klimaschutz und Europa muss weiterhin Vorreiter sein. Aber gerade wenn wir die innovativen Firmen bestrafen, wäre dies kontraproduktiv.“

verschont, wenn sie auf dem neuesten Stand der Technik sind.

Nur Unternehmen, die sich nicht auf dem neuesten Stand der Technik befinden, müssen Zertifikate zukaufen und werden daher animiert, ihre Produktion klimafreundlicher zu gestalten. Es würde der Umwelt nichts nützen, wenn die Firmen, obwohl sie auf dem neuesten Stand der Technik produzieren, bestraft werden. Denn die Gefahr ist die Produktionsverlagerung und damit der Verlust von Arbeitsplätzen. Dem Klima wäre nicht geholfen, wenn Zement, Papier, Kalk oder Stahl in Zukunft aus Nordafrika oder China zu uns kommen.

Betroffene Unternehmen in der Region

Betroffen von dem Vorschlag wären unter anderem die Papier-Hersteller WEPA in Arnsberg-Müschede und Marsberg-Giershagen, Grünwald in Kirchhundem sowie zum Beispiel das Papierwerk Sun-



Kalkofen der Firma SpennerZement in Erwitte

dern GmbH, und Tönnemann & Vogel GmbH & Co. Papierfabrik in Menden gewesen. Gleiches gilt im Stahlsektor für die Deutschen Edelstahlwerke und die BGH Edelstahl in Siegen, im Zementsektor zum Beispiel für Spenner Zement, Wittekind Zement und Portland Zement Gebr. Seibel aus Erwitte. Im Bereich Kalk wären unter anderem Rheinkalk in Menden, Lennestadt-Grevenbrück und Brilon-Messinghausen betroffen gewesen.

Hubschrauberlandeplätze in der Region müssen nicht geschlossen werden

EU Verordnung ändert nichts an bewährten Prinzipien

Hubschrauber sollen in Deutschland weiter direkt an Kliniken landen können. Rund 1600 dafür genutzte Flächen sollen als „Landestellen von öffentlichem Interesse“ ausgewiesen werden. Peter Liese hatte sich, nachdem Unruhe auch in Südwestfalen aufgekommen war, an Verkehrsminister Dobrindt gewandt und um eine Klarstellung in der Sache gebeten.

Hintergrund der Unsicherheit ist eine EU-Verordnung, die strengere Anforderungen an den Flugbetrieb mit Hubschraubern stellt. Hier geht es allerdings nur um sogenannte Außenlandestellen ohne Hindernisfreiheit, die keine Flugplätze mit entsprechenden Brandschutzauflagen etc. sind. Es soll verhindert werden, dass an diesen Stellen ein regelmäßiger Luftverkehr stattfindet. Die Meldungen in einigen Medien waren allerdings irreführend. Bei Gefahr für Leib und Leben, wie

sie bei einem Rettungseinsatz besteht, ist es allein Sache eines Piloten, zu entscheiden, wo und wie er landet.

Hier hat das Bundesverkehrsministerium inzwischen für Aufklärung gesorgt.

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU):

„Die Notfallversorgung wird auch weiterhin schnell und sicher erfolgen. Alle Hubschrauberlandestellen an Krankenhäusern werden erhalten, nicht eine muss geschlossen werden.“



Peter Bohot / pixelto.de



Südwestfalen für Westafrika - Deutsches Rotes Kreuz in der Region und Peter Liese rufen zu Spenden im Kampf gegen Ebola auf

Die Situation in den Ebola-Gebieten in Westafrika ist weiterhin bedrohlich. Ärzte ohne Grenzen berichtet, dass siebenmal mehr Spezialbetten zur Behandlung der Patienten nötig sind als momentan vorhanden. Trotzdem ist die Spendenbereitschaft in der Bevölkerung im Vergleich zu anderen Katastrophen wie Erdbeben oder Überschwemmungen geringer.

Peter Liese hat deshalb einen Spendenaufruf an alle 761 Europaabgeordneten gerichtet. Gemeinsam mit den DRK-Verbänden in Südwestfalen ruft er außerdem

die Menschen in Südwestfalen zu Spenden für den Kampf gegen Ebola auf.

Das Deutsche Rote Kreuz hat bereits Hilfsmaßnahmen eingeleitet, aber viel mehr Hilfe ist nötig. Die nationalen Rotkreuzgesellschaften in den von Ebola betroffenen Ländern leisten mit Unterstützung einer großangelegten, internationalen Rotkreuz-Operation umfangreiche Hilfe vor Ort. Seit Ausbruch der Epidemie hat das Rote Kreuz mehr als 3.500 Freiwillige in den betroffenen Ländern in Westafrika mobilisiert und geschult.



Spenden nimmt das Rote Kreuz entgegen unter:

Deutsches Rotes Kreuz
IBAN: DE63 3702 0500 0005 0233 07 - BIC: BFSWDE33XXX (Bank für Sozialwirtschaft)
Alternativ: Kto.:41 41 41, BLZ: 37020500
Stichwort: Ebola

Gefährliche Inhaltsstoffe in importiertem Spielzeug

Peter Liese zu Gast im Schmallenberger Kindergarten

„Gefährliche Inhaltsstoffe in importiertem Spielzeug“, „Gefälschte GS-Kennzeichen auf Spielsachen“ oder „Weichmacher im Spielzeug“ - Diese und andere Schlagzeilen haben die Kinder und Erzieherinnen im Kindergarten Heilig Geist in Schmallenberg veranlasst, ihr Spielzeug unter die Lupe zu nehmen. „Riecht ein Spielzeug seltsam?“ war so ein Kriterium.

Anschließend haben sie Peter Liese eingeladen, der aufklären konnte: „Mit GS-Kennzeichen und TÜV-Siegel versehene Spielzeuge sind ein guter Kaufentscheid.“



Aber: Wie in fast allen Bereichen gibt es Fälschungen. Da muss kontrolliert werden“. Die Politik macht ihre Hausaufgaben. Z.B. setzt die EU sich dafür ein, dass die verwendeten chemischen Stoffe geprüft und Kontrollen an den Grenzen verstärkt werden. In Europa wurden insbesondere zum Kinderschutz strenge Grenzwerte für Stoffe eingeführt und diese sind auch an den Verwendungszweck angepasst.

Dörfer im Wandel

„Wie kann die Versorgung im ländlichen Raum aufrechterhalten werden?“, mit dieser Frage beschäftigen sich viele Dörfer. Albaum bei Kirchhundem hat die Frage für sich mit viel Initiative beantwortet. Die Einwohner haben eine GmbH gegründet und betreiben in Eigenregie einen Dorfladen. Den hat Peter Liese besucht und war begeistert vom Engagement vor Ort. Die Strukturen insbesondere in kleineren Ortschaften ändern sich in den nächsten Jahren durch die sinkenden Einwohnerzahlen.



Peter Liese:

„Solches Engagement ist die richtige Antwort auf den demographischen Wandel.“

„Beißringe, die über Stunden von Babys in den Mund genommen werden, haben zum Beispiel entsprechend geringere Höchstwerte als ein Schaukelsitz“, so Liese, der selber als Arzt in einer Kinderklinik gearbeitet hat.



EU bekämpft Verschwendung von Plastiktüten

Heimische Industrie bietet Lösungen an

Die EU will in den nächsten Jahren den Verbrauch von leichten Plastiktüten stark reduzieren. Weltweit werden jährlich hundert Milliarden Plastiktüten verbraucht - zahllose davon landen in der Natur. Plastikmüll, darunter viele Tüten, verschmutzt vor allem die Meere. Seevögel und Fische verfangen sich in dem Müll oder fressen ihn und verenden daran. Kleine Plastikteile können auf diesem Weg in die Nahrungskette gelangen.

Stark unterschiedlich ist der Verbrauch in den Mitgliedstaaten - von ca. 75 Tüten pro Kopf und Jahr in Deutschland bis zu 500 Tüten in Polen und Portugal (EU-Schnitt: 200 Tüten). Eine Reduzierung des Verbrauchs ist daher im Interesse der Umwelt und der Ressourceneffizienz.

Umweltfreundliche Alternativen aus der Region

Der EU-Plan sieht vor, dass die Mitgliedstaaten konkrete Zielvorgaben zur Reduzierung erlassen oder verbindliche



Die Gerhard Schürholz GmbH in Drolshagen produziert umweltschonende Verpackungen aus Papier.

Gebühren einführen. Bis 2019 soll so der Verbrauch der besonders leichten Tüten, die bislang z.B. an vielen Supermarktkassen kostenlos ausliegen, in der EU halbiert werden. Bis 2025 sollen es nur noch 40 Tüten pro Bürger und Jahr sein. Deutschland wird sich mit seinem niedrigen Verbrauch vorerst allerdings nicht umstellen müssen. Aber es gibt gute Alternativen zur Plas-

Peter Liese:

„Die Förderung von Alternativen ist also auch für die heimische Wirtschaft vorteilhaft.“

ticktüte. Davon hat sich Peter Liese selbst überzeugt. Das Unternehmen Schürholz in Drolshagen stellt umweltfreundliche Alternativen her, nämlich Verpackungen aus Papier mit umweltschonenden Farben. Ausgenommen von den neuen Regelungen sind dickere Plastiktüten, die kostenpflichtig in Supermärkten erhältlich sind und auch dünnwandige Tüten zur Verpackung von Wurst, Fleisch, Fisch sowie Obst und Gemüse. Hier würde ein Verbot kontraproduktiv sein und noch schädlichere Verpackungen in Umlauf bringen, wie etwa Schalen aus Plastik oder Schaumstoff.

Kurz Notiert:

Einflussmöglichkeiten zugunsten unserer Region

Peter Liese erneut Sprecher für Umwelt und Gesundheit



Peter Liese ist auch in der neuen Wahlperiode Sprecher der größten Fraktion im EP (EVP-Christdemokraten) für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und freut sich über das Vertrauen seiner Kollegen. Liese will sein Amt auch für die Region Südwestfalen nutzbar machen:

„Viele europäische Gesetzgebungsverfahren betreffen unsere Region, zum Beispiel die Arbeitsplätze hier vor Ort, sehr direkt. Ich lade alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein, mit konstruktiven Vorschlägen unsere Arbeit im Ausschuss zu begleiten.“

EU für Treibhausgas-Reduktionsziel von mindestens 40%:

Damit hat Europa seine Führungsrolle im Klimaschutz erneut unter Beweis gestellt und wird die richtigen Impulse für die Klimakonferenz in Paris 2015 geben: Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich darauf geeinigt, dass die EU-Länder bis 2030 mindestens 40% weniger CO₂ ausstoßen sollen. Wichtig ist, dass das Ziel durch Maßnahmen innerhalb der EU selbst erreicht werden soll und nicht durch sogenannte flexible Maßnahmen mit zum Teil zweifelhaften Klimaschutzprojekten

in China oder Indien. Außerdem soll der EU-Emissionshandel gestärkt werden, das zentrale Instrument zur Reduzierung von Treibhausgasen. Kritisch sieht Peter Liese die Ziele zu erneuerbaren Energien und insbesondere zu Energieeffizienz - 27% Erneuerbare und 27% Verbesserung der Energieeffizienz. „In einer Zeit, in der wir von Russland unabhängiger werden müssen, hätte ich mir hier wesentlich ambitioniertere Ziele vorstellen können. Der Rat hat die Formulierung glücklicherweise mit

dem Wörtchen „mindestens“ versehen. Dies gibt Parlament und Kommission die Möglichkeit die Ambitionen in den nächsten Monaten und Jahren zu erhöhen. Durch ein ambitioniertes Ziel entsteht ein gemeinsamer Markt für erneuerbare Energien und Energieeffizienzprodukte. Hier sind südwestfälischen Unternehmen zum Teil führend, sodass auch sie von ambitionierter Politik profitieren.“



Antibiotika-Resistenzen nehmen zu

Das Europäische Zentrum für Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) warnt vor der wachsenden Gefahr von Antibiotikaresistenzen in Europa. Die Experten zeigen in ihrer aktuellen Stellungnahme auf, dass sich in manchen Bereichen innerhalb von wenigen Jahren die Zahl der Resistenzen fast verdoppelt habe. Problematisch sei nicht nur zu häufige und falsche Verschreibung in der Humanmedizin, sondern auch der intensive Gebrauch in der Landwirtschaft. Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sterben in Europa jährlich 25.000 Menschen weil sie an Keimen leiden, gegen die kein herkömmliches Antibiotikum mehr wirkt.

Auch wenn die Ursachen dafür vor allem in unzureichender Hygiene und in der unkritischen Anwendung beim Menschen selbst liegen, so gibt es doch auch eine Verbindung zur Tiermedizin. Viele Keime breiten sich bei landwirtschaftlichen Nutztieren wie Hühnern und Schweinen aus, und werden auf den Menschen übertragen. Deshalb besteht auch hier dringender Handlungsbedarf.

Peter Liese fordert im Rahmen des aktuellen Gesetzgebungsprozesses um Tierarzneimittel, dass die EU den Einsatz von bestimmten Antibiotika in der Tiermedizin verbieten muss, um für den Notfall Reserveantibiotika für den Menschen zu haben. Außerdem muss der Beipackzettel verständlicher werden und klarer auf den richtigen Einsatz und Gefahren hinweisen. Die Patienten müssen auf den ersten Blick erkennen können, wie und in welcher Dosierung man das verschriebene Antibiotikum einnimmt. Hier liegen Vorschläge des Europäischen Parlaments auf

dem Tisch, die schnell umgesetzt werden können.

Kommissar Vytenis Andriukaitis, EU-Kommissar für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit:

„Im Sinne zukünftiger Patienten müssen wir sehr schnell konkrete Maßnahmen beschließen, um nicht in eine Post-Antibiotika-Ära zu geraten, in der kein Mittel mehr am Menschen wirkt.“



Die Briloner Firma Biobeck stellt auf Basis von Kieselsäure ein für Mensch und Tier völlig unbedenkliches Mittel her, da Kieselsäure auch in der Natur und u.a. in vielen Gemüsearten vorkommt.

In jeder Ausgabe möchten wir Ihnen ein Gericht aus einem Land der EU vorstellen.

„Brügger Sahneschnitzel“

ZUTATEN für 4 Personen:

- 4 Schnitzel
- Salz
- Pfeffer
- Mehl
- 40 g Butterschmalz
- 500 g Zwiebeln
- 2 El. Öl
- 250 g süße Sahne
- 150 g geriebenen Käse

Schnitzel mit Salz und Pfeffer würzen und mit Mehl bestäuben.

Butterschmalz erhitzen, Schnitzel von jeder Seite 3 Minuten darin braten. Zwiebeln in feine Ringe schneiden. Öl erhitzen, Zwiebeln darin goldbraun braten. Schnitzel in eine Auflaufform legen, Zwiebeln daraufgeben und mit Sahne begießen. Kühl stellen und mindestens 12 Stunden durchziehen lassen.

Käse über die Schnitzel streuen und die Form in den kalten Backofen setzen.

Backofen: 200°C, untere Schiebeleiste, 25-30 min.

Beilagen: Stangenweissbrot, Blattsalat.





EP stimmt Assoziierungsabkommen mit der Ukraine zu:

Das Europäische Parlament in Straßburg und das Parlament in Kiew haben dem Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine mit überwältigender Mehrheit zugestimmt. Über das Abkommen wurde viele Jahre verhandelt. Es bedeutet keinen Beitritt der Ukraine zur EU sondern eine enge Partnerschaft. Es richtet sich gegen niemanden, sondern die EU will mit allen friedliebenden Kräften zusammenarbeiten. Auch mit Russland wurde lange über ein solches Abkommen

verhandelt, bevor Russland selbst die Verhandlungen beendet hat.

Der ehemalige ukrainische Präsident Wiktor Janukowytsch hatte den Vertrag Ende 2013 auf Eis gelegt und verlor wenig später sein Amt. Sein Nachfolger Petro Poroschenko unterzeichnete dann das Abkommen, ehe auch die Parlamente der Ukraine und der EU zeitgleich zustimmten.

Zeitumstellung abschaffen

Peter Liese setzt sich für die Abschaffung der Zeitumstellung von Sommer- auf Winterzeit ein. Jedes Jahr werden die Uhren zweimal umgestellt. Viele Menschen und Tiere können sich daran allerdings nicht anpassen und leiden z.B. unter Schlafstörungen. Letztes Jahr hat sich bereits der Bundesparteitag der CDU für die Abschaffung ausgesprochen. „Es gibt zwei Möglichkeiten. Entweder behält man die Winterzeit das ganze Jahr bei oder die Sommerzeit. Ich glaube nach Gesprächen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern in Südwestfalen, dass es besser wäre, die Sommerzeit das ganze Jahr beizubehalten, dann wäre es in den kommenden Wochen abends länger hell. Wir müssten zwar damit leben, dass es morgens auch länger dunkel ist, aber ich glaube, das wäre das kleinere Übel“, so Peter Liese, der sich vor einiger Zeit an den zuständigen EU-Verkehrskommissar gewandt hatte. Dieser hatte die Verantwortung seinerzeit von sich gewiesen. Deshalb hat Liese einen neuen Anlauf gegenüber der neuen EU-Kommission genommen.



Beim EVP-Kongress in Dublin hatte Peter Liese auch die Möglichkeit mit dem Vorsitzenden der UDAR-Partei Vitali Klitschko zu sprechen.

Gewinnspiel!

SUDOKU

3			4					
			6			5		2
	2		1	3				9
6			2	9				
	9					4	2	1
7			5					6
		1	9			2		
	5						7	
	7		6	3				

Ziel des Rätsels ist es, die leeren Felder so zu vervollständigen, dass in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem Block die Ziffern 1-9 nur einmal vorkommen. Es gibt nur eine eindeutige Lösung!

Die Lösung lautet:



Bitte senden Sie die Lösung bis zum **31. März 2015** unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Anschrift an das:

CDU-Europabüro Südwestfalen
Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede
Tel. 0291 9959 13, Fax 0291 9959 27
E-Mail: info@peter-liese.de
www.peter-liese.de

Mitmachen lohnt sich:



Unter den Gewinnern verlost Peter Liese 5 Regenschirme (Faltschirme), 5 praktische Taschenhalter, 5 Schirmmützen und 10 T-Shirts.

Viel Glück!



Impressum: CDU-Europabüro Südwestfalen, Le-Puy-Str. 17, 59872 Meschede, Tel. 0291 9959 13, Fax 0291 9959 27, E-Mail: info@peter-liese.de, www.peter-liese.de / Fotos: Peter Liese, pixelio.de, Fotolia.de